

Naale-Beitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 8 gespaltenen 34 mm breite Millimeterzeile über dem Raum 40 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Restamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenstellen. Erstausgabe: 6 u. 8 u. 10 u. 12 u. 14 u. 16 u. 18 u. 20 u. 22 u. 24 u. 26 u. 28 u. 30 u. 32 u. 34 u. 36 u. 38 u. 40 u. 42 u. 44 u. 46 u. 48 u. 50 u. 52 u. 54 u. 56 u. 58 u. 60 u. 62 u. 64 u. 66 u. 68 u. 70 u. 72 u. 74 u. 76 u. 78 u. 80 u. 82 u. 84 u. 86 u. 88 u. 90 u. 92 u. 94 u. 96 u. 98 u. 100. Sonntags und Montags 1 mal. Geschäftsstellen u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a. Dr. Braunstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Bezugspreise:

Im Falle monatlich bei zweimonatlich halbjährlich 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mr., durch die Post 18.00 Mr. auschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlich, Zeitungsvorzeichen unter Code-Zeitung eingetragen. Für unvorigang eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksende nur mit der Quellenangabe. Code-Zeitung gehalten. Fernr. der Geschäftsleitung Nr. 1740, der Anzeigen-Abtg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtg. Nr. 1133.

Nr. 251.

Halle, Mittwoch, den 2. Juni 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Die Delegierten für Spa.

Hamburg, 1. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einer britischen Meldung des „Fremdenblattes“ aus dem Haag hat die deutsche Regierung dem belgischen Ministerium des Auswärtigen mitgeteilt, daß sie auf der Konferenz von Spa durch den Reichskanzler und durch Dr. Brücker, begleitet von 1 Generalmajor, 18 höheren und 7 niederen Beamten, vertreten sein werde. Für Frankreich komme Millerand und Berthelot, für England Lloyd George und Curzon nach Spa.

Deschanel's Rückkehr ins Elfysee.

Paris, 1. Juni. (Drahtnachricht.) Deschanel wird heute im Elfysee einem Ministerat vorsitzen.

Das deutsche Schiffsmaterial für die Entente.

Basel, 1. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) „Daily Mail“ berichtet, die deutschen Schiffswerke sollen 90 900 Tonnenn Kriegss- und Handelschiffszahlzeimaterial ausliefern. Ein Bericht der aus den deutschen Häfen nach Berlin zurückgekehrten Liebermanns-Kommission ist an die alliierten Regierungen abgegangen.

London, 1. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Nachdem über die von Deutschland abzuliefernden Fischdampfer, neu zu erbauende Schiffe und sonstige Fahrzeuge bis zu 1000 Tonnenn eine Vereinbarung zustande gekommen ist, ist die wegen der Ablieferung der Handelsflotte unter Geheimrat Seliger in London weilende deutsche Delegation wieder nach Berlin zurückgekehrt.

Keine Verschleppung der Festsetzung der Entschädigungssumme.

Paris, 1. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Pariser Pressinformation meldet: Die Erklärung, welche Millerand den Vertretern der Entschädigungskommission für auswärtige Finanzangelegenheiten gab, wonach die deutsche Entschädigungssumme erst am 1. Mai 1921 festgesetzt werden soll, mit welchem Vorschlag auch Lloyd George einverstanden sein soll, wird von englischen Diplomaten entschieden bekämpft. Was Millerand als Tatsache ankündigt, sei zwar die französische Ansicht, aber weder England noch einer der Alliierten habe sich ihr angeschlossen.

Französische Auszubildungsbeamte für das polnische Heer.

Basel, 1. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einer Meldung der Pressinformation aus Paris schiffen Frankreich ganze Abteilungen seiner farbigen Truppen nach Polen ein. Eine Abteilung französischer Stabsbeamte hat sich bereits in der vergangenen Woche nach Warschau begeben, um die Ausbildung der polnischen Truppen zu unterstützen.

Polen steigt schon wieder.

Kopenhagen, 1. Juni. Nach einem Telegramm aus Warschau meldet der polnische Generalstab u. a.: Ein neuer Versuch der Bolschewisten, die Berolina zwischen Borzow und Bobruisk zu überschreiten, ist gescheitert. Zwei Infanterie-Divisionen und eine Kavallerie-Division, denen es gelungen war, das Westufer des Flusses zu erreichen, wurden bei Rasosnje umringt und vernichtet (?). Wir machten über 2000 Gefangene. Der Rest der bolschewistischen Truppen flüchtete in wilder Panik über die Berolina zurück.

Die Bolschewisten in Armenien.

Rotterdam, 1. Juni. Nieuwe-Courant zufolge sind in London Meldungen eingetroffen, wonach zwei zufällige rote Regimenter in den armenischen Distrikt Erivan eingedrungen sind.

„Möglichstweise“.

Amsterdam, 1. Juni. Englischen Blättern zufolge hat die persische Regierung auf ihre Protestnote eine Antwort von der Sowjetregierung erhalten, in der angeklagt wird, daß die roten Truppen möglichst bald aus Persien zurückgezogen werden sollen.

Island und Schweden.

Kopenhagen, 1. Juni. Wie „Politiken“ aus Stockholm meldet, empfing der schwedische König gestern eine Abordnung der Bevölkerung der Alandinseln, die die Vereinigung der Inseln mit Schweden forderte. Der König gab der Hoffnung Ausdruck, daß das ausdauernde Streben der Bevölkerung nach Wiedervereinigung mit Schweden zuletzt von Erfolg gekrönt sein werde.

Wieder ein Fall polnischer Willkür.

Warschau, 1. Juni. Der Oberkommissar für Danzig, Tower, bezog sich in der vorigen Woche nach Dr. Stargard, um in dem geschilderten Fall des verhafteten Dr. Wagner, Danzig, kein hartiges Verdict

Einblick zu gewinnen. Dem Oberkommissar war eine Unterredung mit Wagner von dem die Unterredung führenden Richter nicht bewilligt und dem für Wagner gestellten Verteidiger war weder Einblick in die Akten noch eine Besprechung mit Wagner gestattet worden. Die Verhandlung gegen Wagner sollte aber in 14 Tagen in Dr. Stargard stattfinden. Nun stellt sich, wie die „Richter“ erzählt, heraus, daß Dr. Wagner aus Dr. Stargard weggebracht worden ist. Der Frau des Verhafteten sowohl wie dem Verteidiger wurde jede Auskunft über seinen Aufenthalt verweigert. Der Fall Dr. Wagner ist nur einer von vielen. Aber er ist besonders bezeichnend. In Danziger Kreisen empfindet man das Verhalten der polnischen Militär- und Zivilbehörden als eine so schwere Verletzung des internationalen Brauchs und als einen so unerhörten Willkürakt, daß das Verlangen nach Einwirkung des Obersten Rates laut wird, nachdem die Intervention des internationalen Arbeitsrats insofern in so verletzender Form zurückgewiesen worden ist.

Die allgemeine Wehrpflicht.

Berlin, 1. Juni. Die Tatsache, daß bisher noch kein Ausführungsgezet zur Befestigung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland erlassen worden ist, hat in verschiedenen Kreisen zu Mißverständnissen Anlaß gegeben. Nach einer Mitteilung von unterrichteter Seite bestimmt der Artikel 173 des Friedensvertrages, daß die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland abgeschafft ist. Die Nationalversammlung hat den Friedensvertrag angenommen. Damit ist die Befestigung der allgemeinen Wehrpflicht rechtlich durchgeführt und sind die ihr entgegenstehenden Bestimmungen aus früherer Zeit außer Kraft gesetzt. Eines besonderen Ausführungsgezetes bedarf es hierzu also nicht mehr. Auch im vorliegenden Falle zeigt sich, daß alle Verbindlichkeiten, Deutschland abgerechnungsmäßig die Durchführung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages hinaus, hinfällig sind.

Strafantrag gegen ein westdeutsches Blatt.

Berlin, 1. Juni. Wie von zutuniger Seite mitgeteilt wird, wird die schon einmal als plumpe Erfindung gebrandmarkt Behauptung eines westdeutschen Blattes, daß die preussische Minister Severing und Gaensisch in eine Schieberaffäre verwickelt seien, jetzt wiederum im Wahlkampf in zahlreichen Fällen verwertet. Es sei hier nochmals ausdrücklich festgestellt, daß die ganze Erzählung ein tendenziöses Schwindelstück ist. Die Minister haben bereits gegen das betreffende Blatt Strafantrag gestellt und werden gegen alle Weiterverbreiter dieser Schandmeldung auf das schärfste vorgehen.

Wo steckt v. Lüttwitz?

Berlin, 1. Juni. (Drahtnachricht.) Der „Volkswille“ in Gleiwitz weiß zu melden, General von Lüttwitz halte sich seit 11 Tagen im Kreise Rodenburg bei Freethren u. Sebers-Zooß auf.

Wiedereröffnung der Schifffahrt Mannheim-Basel.

Mannheim, 1. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Rheinische Schifffahrts-A.G. normals Fendel und die Badische Aktiengesellschaft für Rheinschifffahrt und Seetransporte in Mannheim haben nach Überwindung außerordentlich großer Schwierigkeiten den direkten Schifffahrtverbis und von Basel wieder aufgenommen. Der erste Schieppzug mit Getreide für das Eigenländische Ernährungsamt in Bern ist in Basel eingetroffen.

Abreise des amerikanischen Vertreters von Koblenz.

Koblenz, 1. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Der vorliegende der amerikanischen Abteilung der internationalen Rheinlandkommission Rogß verläßt in der nächsten Woche Koblenz. Man will in Amerika, daß der Friedensvertrag von Amerika noch nicht bestätigt ist, seinen eigenen Vertreter mehr in der Kommission hatten. Rogß wird in Koblenz ein gutes Andenken hinterlassen, besonders auch wegen seiner anerkanntswürdigen Bemühungen im Verein mit seiner Gattin auf dem Gebiete der Wohltätigkeit, denen u. a. die Spelung von tausenden von unterernährten Kindern zu verdanken ist.

Landarbeiterstreik im Kreis Neuhaudensleben.

Magdeburg, 1. Juni. (Drahtnachricht.) Die Landarbeiter im Kreis Neuhaudensleben feiern. Sie fordern eine Lohnverdoppelung. Die Aoitlandsarbeiten werden nur teilweise ausgeführt.

Krüderische Kraber.

Amsterdam, 1. Juni. Englischen Blättern zufolge sind in Kripolis mehrere Europäer von den Krabern gefangen genommen und fortgeschleppt worden. Die Kraber verlangen Lösegeld.

Ich wähle nicht!

Ich wähle nicht! so hört man heute gar viele sagen, die mit den Zuständen im Deutschen Reich nicht einverstanden sind, aber auch von einer Stimmabgabe für die äußerste Rechte oder die äußerste Linke sich nichts Gutes versprechen. Ich wähle nicht, heißt fürstlich ein junges Mädchen lajen; wenn man es gewählt habe und die Partei, die meine Stimme erhalten hat, vertritt im Reichstag nicht meine Meinung, so ärgere ich mich nur. Das ist unpolitisch gesprochen. Wenn man natürlich aufs Geratewohl hin aus irgendwelchen äußerlichen Gründen einer Partei seine Stimme gibt, dann kann es einem wohl passieren, daß man von ihrer Haltung bitter enttäuscht ist. Gibt man aber die Stimme einer Partei, bei der man weiß, wie man mit ihr zurecht kommen kann, dann kann man nicht durch ihre Faltung enttäuscht sein; denn jede Partei, die etwas an sich hält, wird dafür sorgen, daß ihre Taten mit ihrem Programm übereinstimmen. Und zur Orientierung hat man doch während der fünfzigjährigen Jahre, die die Koalitionsregierung am Ruder ist, Gelegenheit genug gehabt.

Die Deutsche demokratische Partei hat ihren Wählern bei ihrer Gründung versprochen, wahrhaft demokratisch und wahrhaft sozial zu sein. Treuen wir nur das große Werk der neuen deutschen Reichsregierung aus den Arbeiten der Nationalversammlung heraus, so haben wir den besten Beweis dafür, daß in diesem nach dem Entwurf des Demokraten Dr. Treub entstandenen Geis der demokratische Gedanke in vorbildlicher Weise zur Geltung kommt. Im Betriebsrat, im Arbeiter, Angestellten, und Beamten und in dem Streben, ihnen materiell auszuweichen, was möglich ist, hat die Deutsche demokratische Partei auch nach der sozialen Seite ihr Versprechen eingelöst. Das sind nur ein paar Beispiele aus der Geistesfähigkeit der Deutschen demokratischen Partei, aber sie allein müßten Ihnen genügen, um ihr nicht nur die Stimme, sondern auch die Sten der Wähler zu gewähren.

wenn ihr nicht wollt, daß die äußerste Rechte und die äußerste Linke derart an Macht gewinnen, daß die Koalitionsregierung, auf deren ich die Regierung aufbaut, ihres Einflusses verlustig gehen, und schließlich eine große Partei der Rechten einer ebenso großen Partei der äußersten Linken gegenübersteht. Ich wähle nicht, heißt für den neuen „Eimplizismus“ die Lage Deutschlands richtig dargestellt, wenn er den deutschen Wähler mit der Zigarette über die Ohren und beschaulich gekreuzten Armen verführt, wie er auf einem Rasiermesser sitzend durch seine eigene Schwere in eine rote und eine schwarze Hälfte zerhackt wird. Eine solche Zerhackung Deutschlands bedeutet die Vernichtung des deutschen Volkes, den Anfang des Verwesungsprozesses zwischen der Reaktion und dem Radikalismus, der mit dem zeitweiligen Sieg der einen oder der anderen Partei endet, aber einen Sieg, der den Schmachfrieden von Versailles das noch hinzufügen würde, was die Feinde uns bisher noch nicht aufzuzwingen vermochten. Wer nicht wählt, der gehört mit zu den Hentesmüthen, die Deutschland zum Schicksal führen. Wer aber wählt, der gebe seine Stimme der Deutschen demokratischen Partei, weil sie jene Partei ist, auf deren Boden sich alle Stände zum Ausgleich ihrer Interessen zusammenfinden können. Die Deutsche demokratische Partei ist keine Klassenpartei. Sie vertritt weder einen einseitig agrarischen, noch einseitig industriellen Standpunkt, sie ist weder kapitalistisch, noch kommunistisch. Sie verlangt, daß die Rechte der deutschen Rohprodukte mit denen der deutschen Fertigarwaren in Einklang stehen und daß jeder mit seinem Einkommen seinen Lebensunterhalt in anständiger Weise zu bestreiten vermag. Die Deutsche demokratische Partei widerspricht der Vermögenskonfiskation, verlangt aber die Heranziehung der großen Vermögen in besonders starkem Maße zur Aufbringung der nötigen Staatsbedürfnisse. Da darf keiner zurückbleiben und keiner ausgenommen werden. Gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle muß die Parole des 6. Juni heißen. Das ist die demokratische Parole. Zu den Rechten und Pflichten im demokratischen Staat gehört aber auch:

Ich wähle unter allen Umständen!

Generalfreistparole bei den Bankbeamten.

Berlin, 1. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die beiden Bankbeamtenorganisationen haben, wie das „Abt-Abt-Abendblatt“ meldet, in einer gemeinsamen Sitzung die Antwort des Reichsverbandes der deutschen Bankleitungen als völlig ungenügend und als Verschleppungsversuch angesehen und ihren Organisationsangehörigen empfohlen, in den Generalfreist zu treten.

Berlin, 1. Juni. Der Reichsverband der Bankleitungen hat zwar nicht den Vorschlägen des Reichsarbeitsministeriums für eine Einigung im Bankgewerbe zugestimmt. Die Einschränkungen, die er zu den Vorschlägen gemacht hat, sind aber, wie dem WZV von zutuniger Stelle mitgeteilt wird, bereit, daß dem Reichsarbeitsministerium die Grundzüge für die Durchführung der Einigungsverhandlungen gegeben werden. Das Reichsarbeitsministerium hat daher die Parteien für Donnerstag zu einer Besprechung eingeladen, in der wenigstens eine vorläufige Erzielung der künftigen Streitfragen zu erhoffen ist.

